PARITÄTISCHER SIEHT GEPLANTES PFLEGEBERUFSGESETZ OPTIMISTISCH

30. Mai 2016

(Berlin) Die aktuellen Bemühungen der Bundesregierung, ein Pflegeberufsgesetz auf den Weg zu bringen, begrüßt der Paritätische Wohlfahrtsverband. Die Reform der Pflegeausbildung sei eine große Chance, um die Attraktivität des Altenpflegeberufs zu steigern. Bei der Ausgestaltung der geplanten generalistischen Pflegeausbildung im Detail sei jedoch darauf zu achten, dass die Kompetenzen der Altenpflege auch angemessen berücksichtigt werden. Pflegeeinrichtungen und Schulträger müssten zudem ausreichend Zeit bekommen, um sich auf die Umstellung vorzubereiten. Zur Finanzierung der Pflegeausbildung fordert der Verband eine gesamtgesellschaftliche Lösung.

„Die Weiterentwicklung insbesondere des Altenpflegeberufs kann mit dieser Reform einen großen Schritt vorangebracht werden und darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Diese Chance sollten wir ergreifen, ein Moratorium wäre falsch“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Über den Zeitpunkt des Inkrafttretens müsse im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens sicher beraten werden, um ausreichend Zeit für die Einführung der neuen Ausbildung zu gewinnen. „Pflegeeinrichtungen und Schulträger brauchen Sicherheit, dass die Altenpflege im neuen Ausbildungsberuf adäquat abgebildet ist, Klarheit, wie sie künftig die Ausbildung des Nachwuchses organisieren können und Zeit, um sich auf die Umstellung vorzubereiten. Die praktischen Probleme bei der Umsetzung im Detail sind lösbar, wenn alle mitgenommen werden“, so Schneider.

Die geplante Einführung einer flächendeckenden Umlagefinanzierung, an der sich alle Einrichtungen und Dienste, auch jene, die nicht ausbilden, beteiligen sollen, lehnt der Verband ab. „Es kann nicht sein, dass am Ende die Pflegebedürftigen einmal mehr zur Kasse gebeten werden. Eine gute Pflege für alle sicherzustellen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu gehört selbstverständlich auch die Aufgabe, genug und gut qualifiziertes Personal auszubilden“, so Schneider. Der Paritätische schlägt daher vor, die Pflegeausbildung über Mittel der Pflegeversicherung zu finanzieren. Ergänzend könnten Steuermittel herangezogen werden.

Presseanfragen:

Gwendolyn Stilling (Pressesprecherin, Der Paritätische Gesamtverband)
Telefon: 030 24636-305
Mail: pr(at)paritaet.org

http://www.paritaet.org
http://www.facebook.de/paritaet
http://www.twitter.com/paritaet
https://www.youtube.com/dieparitaeter

© 2025 Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Sachsen